

**Rüstungsexporte und grüne Fraktion 2002-2009 –
Dauerkonflikt unter Rot-Grün,
Schweigekartell unter der Großen Koalition**
- Auszüge aus meinen persönlichen Aufzeichnungen -
(überwiegend aus den „Kurzmeldungen zur
Friedens- und Sicherheitspolitik“, www.nachtwei.de)
von Winfried Nachtwei, MdB a.D.

Zusammenfassung

Mit der deutschen Rüstungsexportpolitik hatte ich intensiv 2002-2009 als sicherheits- und abrüstungspolitischer Sprecher, 2002-2005 zusätzlich als stv. Fraktionsvorsitzender zu tun. Insgesamt war die Rüstungsexportpolitik kein Ruhmesblatt von Rot-Grün. Stellenweise stand sie im Widerspruch zu eigenen friedens- und menschenrechtspolitischen Ansprüchen, insbesondere dem Ansatz der Zivilen Krisenprävention. Rüstungsexporte waren in der Koalition kein Konsensthema, sondern ein Dauerkonflikt, ein heikles bis explosives Streitthema. In den Jahren 2000 und 2003/4 kam es dabei zu harten Koalitionskrisen.

Während der Großen Koalition 2005-2009 wurde das Thema von Union und SPD lieber beschwiegen: Am 18.12.2008 wurde erstmalig seit März 2005 im Bundestag wieder ein Rüstungsexportbericht debattiert – aber nur auf Antrag der Grünen.

Eine extreme und vordemokratische Geheimhaltung verhindert systematisch eine fundierte und verantwortliche Kontrolle der Rüstungsexporte durch das deutsche Parlament – und nimmt über die Koalitionsdisziplin zugleich die entmündigten Abgeordneten in Mithaftung. Der frühestens ein Jahr danach erscheinende Rüstungsexportbericht ermöglicht nur Kenntnisnahme von vollendeten Tatsachen, aber keinerlei Kontrolle.

Auf dem Feld der Rüstungsexporte trafen ein kurzsichtiges Verständnis von Interessen- und „Sicherheits“politik und eine weitsichtigere, menschenrechtsorientierte Sicherheitspolitik besonders hart aufeinander. Bundeskanzler Schröder war der Protagonist einer an materiellen Werten orientierten Exportpolitik. Unter Rot-Grün lief im Bundessicherheitsrat immer wieder die Konfliktlinie zwischen dem federführenden (!) Wirtschaftsministerium, Verteidigungsministerium und Kanzleramt als Exportdrängler und Auswärtigem Amt und Entwicklungsministerium, die deutlich zurückhaltender waren. Wäre es allein nach dem BMVg gegangen, wäre viel mehr an Kriegswaffen exportiert worden. Der Koalitionspartner SPD war auf diesem Feld verlässlich unkooperativ und exportorientiert. (Die Grünen hatten damals nur eine Stimme im Bundessicherheitsrat, die FDP heute vier.)

Trotz fehlender Kontrollrechte konnten wir einige besonders problematische Exporte durch öffentliche Ansage verhindern bzw. aufhalten. Beispiele: über etliche Jahre Panzerlieferungen an die Türkei; gegenüber Israel Schützenpanzer „Fuchs“, Patrouillenfahrzeug „Dingo“ und U-Boote, so lange ihre nukleare Aufrüstung nicht ausgeschlossen werden konnte. Ende 2003 verkündete Kanzler Schröder in Peking die Absicht, das EU-Waffenembargo gegenüber China aufheben und die MOX-Brennelemente-Fabrik aus Hanau exportieren zu wollen. Beides konnten wir mit vielen Verbündeten, darunter SPD-Kollegen mit Rückgrat, und einer kontrollierten Eskalation verhindern.

Wo unserer Meinung nach die Grenzen der Rüstungsexportrichtlinien überschritten wurden, haben wir das im Bundestag und in Medien deutlich kritisiert – z.B. die Kleinwaffenexporte nach Saudi-Arabien. Vorstöße für mehr Transparenz – realistisch orientiert am Beispiel anderer Verbündeter – prallten an der SPD ab. Zu einer konzeptionellen Klärung schwieriger Fragen (wann können Rüstungsexporte außerhalb EU, NATO und gleichgestellten Staaten sinnvoll und verantwortbar sein?) kamen wir nicht. Wir waren nicht so erfolgreich, wie es wünschenswert und nötig gewesen wäre. Aber als einzige der Parteien, die staatliche Verantwortung trugen, haben die Grünen für eine friedensverträgliche Exportpolitik gekämpft und Teilerfolge errungen. Das war nur möglich, weil die grüne Basis hier sehr sensibel war und damit ein unkalkulierbares Explosionspotenzial bestand, das auch einen wenig gesprächsbereiten Koalitionspartner beeindruckend konnte.

Zusammengefasst: Kein Grund zur Selbstzufriedenheit, aber Grund zu selbstkritischem Selbstbewusstsein.

Die heutigen Pauschalvorwürfe gegen die Rüstungsexportpolitik von Rot-Grün verdrehen die geschichtlichen Tatsachen und sind zutiefst unglaubwürdig. Sie kommen ausgerechnet von denjenigen, die selbst jahrelang ihre parlamentarischen Kontrollpflichten bei Rüstungsexporten missachtet haben.

2009

27. Mai

Zwei Mündliche Fragen in der Bundestagsfragestunde a) zur Lieferung von **Leopard-II-Panzern an Katar**, b) zu **Rüstungsexporten an Pakistan**. Der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Schauerte antwortet völlig ausweichend. Ich kenne kein Feld der äußeren Sicherheitspolitik, dass so sehr der parlamentarischen Einsichtnahme – von Kontrolle ganz zu schweigen – entzogen ist wie Rüstungsexporte. Im Vergleich dazu sind KSK-Einsätze zumindest für uns Obleute ein offenes Buch. Auf den Vorhalt, dass in 2007 von Deutschland für über 160 Mio. Euro Rüstungsexporte, aber nur 20 Mio. Euro Entwicklungshilfe nach Pakistan gegangen seien und inwieweit das dem Anspruch einer weitsichtigen Sicherheitspolitik genüge, reagiert er mit Wortnebeln. (www.nachtwei.de/index.php/articles/854)

8.5. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen „Bestandsaufnahme deutscher **Lizenz- und Exportpolitik** im Klein- und Schusswaffenbereich“ (Drs. 16/12951)

26. März Bundestagsreden zur **Stabilisierung Pakistans** sowie zum **Rüstungsexportbericht 2007** und zum grünen Antrag „Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik – **Parlamentarische Kontrollmöglichkeiten verbessern**“ (Drs. 16/11388) zu Protokoll (www.nachtwei.de/index.php/articles836): *Die Koalitionsfraktionen (Union und SPD) taten alles dafür, „dass die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung nicht öffentlich thematisiert wird. Die Rüstungsexportberichte und unser Antrag wurden im Eilverfahren und ohne Aussprache durch die Ausschüsse gepeitscht. Und auch heute müssen wir erleben, dass für eine mündliche Aussprache im Parlament keine Zeit ist. Die Grünen mahnen seit Jahren an, dass sich dieser Bundestag intensiver mit der Frage der Rüstungsexportpolitik beschäftigen muss. Leider scheuen die meisten Fraktionen und Abgeordneten das Thema. Insbesondere die Regierungsfaktionen stellen sich taub und blind. (...)*“ Der Antrag wird mit den Stimmen der ganz Großen Koalition von Union, SPD und FDP abgelehnt.

2008

18. Dezember

Bundestagsdebatte zur Großen Anfrage der Grünen zu **Rüstungsexporten nach Pakistan, den Rüstungsexportberichten 2004, 2005 und 2006** (!) sowie den Grünen-Anträgen „Rüstungsexporte an Pakistan“ (keine U-Boot-Lieferung, Drs. 16/11406) und „Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik - Parlamentarische Kontrollmöglichkeiten verbessern“ (Drs. 16/11388)

Zuletzt hat der Bundestag im März 2005 einen Rüstungsexportbericht debattiert. Heute geschieht das zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode – auf unsere Initiative. In meiner 5-Minutenrede (real 7 Min.) nenne ich die Problempunkte (a) enorme Steigerung der Sammelausfuhrgenehmigungen (Lieferung von Komponenten im Rahmen von Kooperationen, so dass die Endempfänger nicht mehr kontrollierbar sind), (b) Verdoppelung der Kleinwaffenlieferungen an Drittländer, darunter Saudi-Arabien und Ägypten, (c) das Anwachsen der Exporte nach Pakistan, insbesondere die mit einer weitsichtigen Rüstungsexportpolitik unvereinbare Lieferung von modernsten U-Booten. Obwohl Kollegen wie Ruprecht Polenz/CDU und Rolf Mützenich deutlich ihre Bedenken an dem U-Boot-Geschäft geäußert haben, lehnen Große Koalition und FDP unseren Entschließungsantrag zu den U-Booten ab. (www.nachtwei.de/index.php/articles/791) Kaum Medienresonanz.

17.12. Pressemitteilung zur Verabschiedung des **Rüstungsexportberichts 2007** im Bundeskabinett (www.nachtwei.de/index.php/articles/790)

Grüner Entschließungsantrag „Rüstungsexporte an Pakistan“ (Drs. 16/11406, www.nachtwei.de/index.php/articles/809)

8.12. Pressemitteilung „Rüstungsexporte gerate außer Kontrolle“ anlässlich der Vorlage des **alternativen Rüstungsexportberichts** der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung GKKE (www.nachtwei.de/index.php/articles/789)

31. Oktober Interview im ARD-Morgenmagazin mit Werner Sonne über das geplante U-Boot-Geschäft mit Pakistan

22.10. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen „**Umgehung deutscher Exportkontrollen** und Einsatz deutscher Rüstungsgüter in Georgien“ (Drs. 16/10697, www.nachtwei.de/downloads/drs/1610697.pdf)

17.10. Brief an die Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Uta Zapf MdB zu einer Antwort des AA/BMWi zu in der Sitzung am 26.9.2008 gestellten Fragen zu Kleinwaffen + Georgien: „Das **Antwortverhalten des Wirtschaftsministeriums** ist völlig inakzeptabel. Die heutige Antwort auf unsere Kleine Anfrage verweigert jede konkrete Auskunft auf konkret gestellte Fragen und ist ein Affront gegen das Kontrollrecht und die Kontrollpflicht des Parlaments. Auf dieser Grundlage bin ich nicht in der Lage, meinen parlamentarischen Aufgaben seriös nachzukommen. Es ist nicht das erste Mal, dass das Wirtschaftsministerium Anfragen ausweichend und unzureichend beantwortet. Ich erinnere daran, dass ich bereits im Juni 2007 darum bat, den Unterausschuss über die deutsche Lizenzpolitik und die Lizenzproduktion des G3 zu unterrichten. (...) Leider werden auch vom Auswärtigen Amt und vom Verteidigungsministerium Anfragen aus dem parlamentarischen Raum (z.B. beim US-Indien-Abkommen, zur nuklearen Aufrüstung oder zur Streumunition) erkennbar unwilliger und formelhafter beantwortet. Informationen etwa zu Streumunitionstatbeständen, die unter der Vorgängerregierung in einer BT-Drucksache nachgelesen werden konnten, sind nun als geheim eingestuft. (...) Ich bin nicht mehr bereit, dieses Antwortverhalten widerspruchslos hinzunehmen. (...)“

25. September Pressemitteilung von Jürgen Trittin und W. Nachtwei zur heutigen Aktion von Oxfam und Amnesty International für einen internationalen Waffenhandelsvertrag „Waffen unter Kontrolle“ (www.nachtwei.de/index.php/articles/746)

16. März, 20. Jahrestag der **Giftgasangriffe von Halabja**, Irakisch-Kurdistan, Gedenkveranstaltung der Grünen in Berlin mit Claudia Roth, Referat „20 Jahre nach Halabja: Rüstungsexporte und deutsche Verantwortung“ (www.nachtwei.de/index.php/articles/672 und 674) ; Antrag „20 Jahre nach Halabja – Unterstützung für die Opfer der Giftgasangriffe“ (Drs. 16/8197 vom 20.2.2008)

14. Mai Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen „Außenwirtschaftsförderung für Rüstungsexportgeschäfte“ (Drs. 16/9205, www.nachtwei.de/index.php/articles/700), Antwort der Bundesregierung vom 30.5.2008 (Drs. 16/9393)

4. Februar Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen „Rüstungsexporte an Pakistan“ (Drs. 16/7969, www.nachtwei.de/downloads/drs/1607969.pdf)

2007

22. November

Bei den Grünen in Emden in der Reihe des Grünen-MdB-Kollegen „Thilo Hoppe im Gespräch mit ...“ zu „**Rüstungsproduktion in Emden** – was ist okay, wo tut es weh?“ mit mir und dem Direktkandidaten Dieter Stolz im Kulturbunker. Was genau zzt. auf der Emdener Werft im Marineschiffbau läuft, ist hier wenig bekannt. Noch weniger wird es politisch diskutiert. Spätestens die geplante Lieferung von U-Booten an Pakistan macht eine solche Diskussion überfällig. Dieses Vorhaben verstößt mehrfach und eindeutig gegen die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung und ist mit einer verantwortlichen-vorausschauenden Sicherheitspolitik nicht vereinbar. Emden liefert wohl Bauteile für Kiel.

Deutlich wird aber auch, dass in Berlin kaum ein Aspekt der Bundeswehr-Transformation so wenig über die engen Fachzirkel hinaus diskutiert und bewusst ist wie die Neuausrichtung der Marine. Im Fall der Marine ist der „Einsatz bewaffneter Streitkräfte“ von vorneherein viel weniger eingegrenzt und im Blick der Parlamentsbeteiligung als bei Heer und Luftwaffe.

23.-27. Juli Delegationsreise zusammen mit Claudia Roth nach Irakisch Kurdistan, Besuch von Halabja (vgl. Reisebericht www.nachtwei.de/index.php/articles/558 und 569)

13. Juni Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Keine U-Bootlieferungen an Pakistan“ (Drs. 16/5594, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/055/1605594.pdf>)

11. Mai Unterausschuss Abrüstung: Auf meine Initiative hin wird intensiv und kritisch der offenbar von der Bundesregierung gebilligte **Export von zwei hochmodernen U-Booten** nach Pakistan diskutiert. Der geplante Export verstößt krass gegen zentrale Vorgaben der deutschen Rüstungsexportrichtlinien und ist der Gipfel an sicherheitspolitischer Verantwortungslosigkeit. Unsere Kleine Anfrage an die Bundesregierung ist unterwegs. Die Medien haben von diesem Skandal bisher praktisch keine Notiz genommen.

2006

27. Dezember

Leserbrief von Peter Strutynski, Ko-Sprecher des Kasseler Friedensratschlages, in der FR zu meiner Unterstützung des **Rüstungsexportberichts** der GKKE (s. 18.12.): Er wirft mir vor, die „skandalöse Waffenexportpraxis der letzten Jahre“ mitgetragen zu haben und nun „der neuen Regierung in die Schuhe“ schieben zu wollen. Das sei „ein ebenso dreister wie dilettantischer Versuch, die Geschichte neu zu schreiben und sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen.“ Ich widerlege diese mehrfachen Verdrehungen in einem Leserbrief an die FR, der am 30.12. erscheint. (vgl. auch Stichwort Rüstungsexporte/Nachtwei bei Google)

Aus diesem Anlass ausführlicher Briefwechsel mit Albert Leendertse aus Warendorf über rot-grüne Waffenexporte. Aus meinem Brief: *„Die Rüstungsexportpolitik war ausdrücklich kein Ruhmesblatt rot-grüner Außen- und Sicherheitspolitik, sie gehört insgesamt zu ihren Schattenseiten. Auch wenn dt. Rüstungsexportpolitik im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, erst recht USA, Russland etc. immer noch restriktiv war, so stand sie in etlichen Einzelfällen und in ihrem Trend im Widerspruch zum richtigen Vorsatz von Rot-Grün, sich mehr als jede Vorgängerregierung für Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung einzusetzen. (...) Die Rüstungsexportpolitik war ständiges Streitthema in der rot-grünen Koalition: zwischen einer kurzsichtigen Interessenpolitik, repräsentiert durch das Wirtschafts- und Verteidigungsministerium und das Kanzleramt, und eine eher weitsichtige Friedens- und Sicherheitspolitik, zu der eher das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium neigten, die aber am konsequentesten von den Grünen in der Koalition vertreten wurden. Von Seiten der SPD, auch von den explizit friedenspolitisch orientierten Kollegen, gab es da praktisch keine Unterstützung, sondern überwiegend Wegducken. Verkompliziert wurde die Angelegenheit dadurch, dass es außer Geheimdienstfragen keinen Bereich der Sicherheitspolitik gibt, der so sehr der parlamentarischen Kontrolle, geschweige der Mitwirkung entzogen ist. (...) Offiziell erfährt das Parlament erst im fast ein Jahr später erscheinenden Rüstungsexportbericht von den Genehmigungen! Das ist nicht einmal eine parlamentarische Kontrolle, das ist nur eine Bewertung im Nachhinein. Vielen Parlamentariern scheint das ganz recht zu sein. „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“.*

Das hat mich immer wieder ernüchert und zornig gemacht, manches fand ich unerträglich. Meine Konsequenz war Widerspruch. Und mit diesem Widersprechen von Seiten des sicherheits- und abrüstungspolitischen Sprechers ließ sich auch einiges erreichen. Denn dahinter stand nach langjähriger Erfahrung auf Seiten der Grünen ein erhebliches Eskalationspotenzial.

Deshalb konnten wir trotz sehr widriger Rahmenbedingungen etliche zweifelhafte Vorhaben verhindern bzw. aufhalten, wenn wir rechtzeitig davon erfuhren:

Die gewollte Lieferung von Leo-II-Panzern an die Türkei wurde über die ganzen Jahre blockiert, ebenfalls der Export von geschützten Dingo-Fahrzeugen nach Israel (besonders gewünscht für die palästinensischen Gebiete). Verhindert wurde die Lieferung der Hanauer Brennelemente-Fabrik und die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China. Von beiden Vorhaben hieß es zunächst, nach der Festlegung von Kanzler Schröder sei das nicht mehr zu stoppen. Wir haben es dennoch „aus der zweiten Reihe“ geschafft. Ein besonders heikler Konfliktpunkt waren die U-Boote für Israel.

Vieles andere wurde hinter den Kulissen „still“ verhindert. Die kritische Öffentlichkeit würde sich wundern, was Teile der Bundesregierung bereit waren zu liefern!

Andere Trends haben wir/habe ich deutlich kritisiert (neue „Türöffner“-Begründung Antiterror-Koalition; Anwachsen der Kleinwaffenexporte), aber bis 2005 nicht stoppen können.

Bestimmte von uns aufgehaltene Vorhaben wurden prompt vom Bundessicherheitsrat beschlossen, als wir Grüne keine Druckmöglichkeiten mehr hatten. (U-Boote und Dingos für Israel, Leo`s für Türkei)(...)“

18.12. Pressemitteilung anlässlich des alternativen Rüstungsexportberichts der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung GKKE

27. Oktober Pressemitteilung zum VN-Beschluss über Verhandlungen zu einem internationalen Waffenhandelsabkommen (www.nachtwei.de/index.php/articles/427)

24. August Gespräch mit netzeitung und taz über die **Lieferung von zwei U-Booten** aus Deutschland an Israel. Ich wiederhole die von mir als abrüstungspolitischen Sprecher seit Jahren gesetzte und zuletzt Anfang Juni im Haushaltsausschuss von uns vertretene ablehnende Position. Eine Umrüstung auf Atomwaffen muss ausgeschlossen sein. Das ist eine rote Linie. Sonst wäre das eine völlige Abkehr von der deutschen Nichtverbreitungspolitik. Außerdem ist die Verwendung von 333 Mio. Euro Steuermittel dafür nicht zu rechtfertigen. („Protest gegen U-Boot-Lieferung an Israel“, taz 25.8.06) Die U-Boot-Lieferung wurde vom Bundessicherheitsrat in seiner letzten geheimen Sitzung unter Rotgrün im Herbst 2005 beschlossen. Damit war unser Widerspruch ausmanövriert. Nach Ende

der Koalition und an der Schwelle zur Opposition hatten wir keine Drückmöglichkeit mehr. (Ähnlich verfuhr Struck bei den Leopard-Panzern an die Türkei.)

10.8. Live-Interview mit n-tv zu **Libanonkrieg und Rüstungsexporten**, Interviewaufzeichnung mit einem Team des Iranischen Staatsfernsehens, bei dem ich auch deutlich die Einstellung der iranischen Lieferungen an Hisbollah fordere und darauf achte, bei aller Kritik an der israelischen Kriegführung nicht propagandistisch vereinnahmt zu werden.
Meine Forderung zur Aussetzung deutscher Rüstungsexporte nach Israel stößt bei der israelischen Botschaft auf erheblichen Widerspruch.
Pressemitteilung zusammen mit Kerstin Müller zum Libanon-Krieg: „Resolution zum Waffenstillstand endlich verabschieden“.

9.8. Gespräche mit WDR, SZ, Deutsche Welle zu **Rüstungsexporten an Israel**.

8.8. Interviews mit Berliner Zeitung zu **Libanon**, mit dpa, netzeitung zu **Rüstungsexporten nach Israel**. Ich fordere angesichts der Art und Weise der israelischen Kriegführung im Libanon ihre Aussetzung. („Grüne fordern Waffenexportstopp für Israel“, 9.8.06)

1.8. Pressemitteilung zum grünen Antrag im Haushaltsausschuss, den deutschen Beitrag zur Beschaffung von zwei U-Booten für Israel auszusetzen, so lange eine Umrüstung auf Nuklearfähigkeit nicht ausgeschlossen werden kann (www.nachtwei.de/inedex.php/articles/341)

27. März Parlamentarischer Abend zum – erst kürzlich (!) vorgelegten - **Rüstungsexportbericht 2004** der Bundesregierung mit Amnesty International, Oxfam und mir unter Moderation von Bernd Pickert (taz) in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin. Die erfreulichen Anmeldezahlen aus allen Fraktionen werden leider nicht Wirklichkeit. Ganze vier Abgeordnete zeigen Interesse an der unerquicklichen Materie. Das steht in einem bemerkenswerten Gegensatz z.B. zu Großbritannien, wo sich das Parlament laufend und ganz aktuell mit dem Thema beschäftigt.

9.3. Auf Einladung der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (**GKKE**) **Gesprächsrunde zu Rüstungsexporten**, aus dem Parlament sind nur zwei Unions- und drei Grünen-Abgeordnete erschienen.

23. Februar Interview mit der SZ zu **Rüstungsexporten**; Pressemitteilung zur Äußerung von Außenminister Steinmeier, die Bundesregierung werde sich nicht mehr ausdrücklich für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China einsetzen (www.nachtwei.de/index.php/articles/303)

2005

21. November

Pressemitteilung zur Lieferung von **zwei „Dolphin“-U-Booten an Israel**: (www.gruene-fraktion.de); Interview mit der „Welt“ dazu.

20.11. Gespräch mit SZ zur geplanten Lieferung von zwei **modernen deutschen U-Booten an Israel**.

18. Juli Interview mit netzeitung, Berliner Zeitung zum möglichen Verkauf von ausgemusterten **Patriot-Luftabwehrsystemen der Bundeswehr an Südkorea**: Ich bekräftige unsere Forderung nach mehr Transparenz in Rüstungsexportangelegenheiten, wo bisher allein die Bundesregierung unter Geheimhaltung und ohne parlamentarische Mitsprache entscheidet. Eingeführt werden sollte als ein erster Schritt eine Begründungspflicht, bei der die Bundesregierung für beabsichtigte Exporte in Drittländer das besondere außen- und sicherheitspolitische Interesse darlegt und sowie nachweist, dass die Rüstungsgüter nicht zur Spannungsförderung und systematischen Menschenrechtsverletzung beitragen können.

1.7. **Vertrauensfrage des Bundeskanzlers** im Bundestag: Zu Recht ist der Himmel über Berlin heute düster. Genauso ist die Stimmung, allerdings noch ohne das Gefühl des historischen Moments. In der Fraktion gibt der Kanzler nur ein Summary seiner Rede. Die erhoffte Möglichkeit, ihm was zurückspiegeln zu können zu seiner Loyalitätsaufkündigung, besteht dann doch nicht. Im Plenum stellt er seine Sicht der Dinge nachvollziehbar und staatsmännisch dar. Angesichts des mit den ständigen Wahlniederlagen der SPD sichtbaren Legitimitätsverlustes für seinen Kurs ist die Rückgabe des Wählerauftrages an den Souverän angemessen. Um die nach seiner Auffassung

unzureichende stetige Handlungsfähigkeit der Bundesregierung zu belegen, verweist der Kanzler überraschenderweise aber auch auf „Planbarkeit und Verlässlichkeit“ besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik, dabei der „Vertiefung unserer Beziehungen zu Russland“ und dem „Ausbau unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China“. Hierfür sei die Bundesregierung auf die „Geschlossenheit der Koalitionsfraktionen angewiesen. Auch hier sind vermehrt abweichende, jedenfalls die Mehrheit gefährdende Stimmen laut geworden.“ Wir Grüne und nicht zuletzt auch ich sind damit angesprochen.

Richtig ist, dass in Sachen China und Russland (Tschetschenien) die Politik des Kanzlers in der Koalition auf heftigen und breiten Widerspruch stieß, dass die Lieferung der Hanauer MOX-Fabrik sowie die Aufhebung des EU-Waffenembargos erfolgreich blockiert wurde. (Dabei hatte ich eine „federführende“ Rolle.) Hier war aber ganz und gar nicht die „Abweichung“ von Abgeordneten das Problem, sondern die Eigenmächtigkeit und Abweichung des Kanzlers gegenüber der überwiegenden Mehrheit der Koalitionsfraktionen und dem Geist der Koalitionsvereinbarung. Seine Politik – auch in Sachen Rüstungsexporten insgesamt – und sein Führungsstil überschatteten zunehmend das gute Ansehen rot-grüner Außenpolitik, die ja Friedenspolitik sein will. An die Stelle vorausschauender Sicherheitspolitik trat zunehmend kurzfristige Beziehungspflege und Außenwirtschaftsförderung. Nach der Kanzlerrede zum EU-Waffenembargo hatte er erstmalig von unserer Fraktion keinen Beifall bekommen. Das wiederholt sich heute. Abschiedsstimmung kommt hoch. Rot-Grün scheint zu Ende. Angestachelt durch Angela Merkel wirft Joschka Fischer 90 Minuten später die Stimmung wieder voll rum. Jetzt geht's nach vorne!

16. Juni Interview mit Berliner Zeitung zur Verschiebung **strittiger Rüstungsexportentscheidungen** (Leo's für die Türkei, Dingos für Israel): Kritik vor allem an der Haltung von Kanzler und Verteidigungsminister, Rüstungsexporte immer stärker als Außenhandelspolitik zu betreiben.

1.6. Unterausschuss Abrüstung: Bericht von der **Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags** in New York, die ohne gemeinsames Dokument zu Ende ging, also de facto scheiterte. Beratung des **Rüstungsexportberichts 2003** der Bundesregierung: Ich kritisiere die Ausweitung deutscher Rüstungsexporte in „Drittländer“ wie Saudi-Arabien, Ägypten, Indien und Pakistan sowie die zunehmenden Ausfuhren an Kleinwaffen. Hier muss gegengesteuert werden. Unsere Fraktion unterstützt die Forderungen des Menschenrechtsausschusses vom heutigen Tag. Unterzeichnung eines von der IPPNW verbreiteten internationalen **Parlamentarieraufrufs für den Abzug der US-Atomwaffen** aus Europa und die Beendigung der nuklearen Teilhabe als Erstunterzeichner.

14. April **Bundestagsdebatte zum EU-Waffenembargo** gegen China: Obwohl mit Verabschiedung des Antisepazionsgesetzes durch den Nationalen Volkskongress der VR China und der darin enthaltenen Kriegsdrohung gegenüber Taiwan eine Aufhebung des Embargos vorläufig unmöglich ist und auch auf EU-Ebene nicht zur Diskussion steht, kommt der Kanzler den Koalitionsfraktionen und dem Parlament insgesamt nicht entgegen. Die Menschenrechte spricht er unter P.S. an. Erstmals rührt sich bei uns nach einer Kanzlerrede keine Hand. Fritz Kuhn redet Klartext. Eine so offene und prominente Kritik am Kanzler hat es im Bundestag aus den Reihen der Koalition nicht gegeben. Bundestagsdebatte zum **Jahresabrüstungsbericht 2003** der Bundesregierung, Verabschiedung des von Uta Zapf (SPD) und mir initiierten Koalitionsantrages zur bevorstehenden Überprüfungskonferenz des **Atomwaffensperrvertrages** in New York (www.nachtwei.de)

14. März Bei der LAG Frieden und Internationales der Berliner Grünen Referat und Diskussion über **Rüstungsexporte**

10.3. Bundestagsreden zum **Rüstungsexportbericht 2003** der Bundesregierung und zum Gruppenantrag „**Zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide**“. (www.nachtwei.de/downloads/Btrede/btrede_15163_1.pdf): In beiden Debatten haben wir Probleme mit der Politik der eigenen Regierung. Bei der Rüstungsexportpolitik stelle ich wohl einige Fehlinterpretationen gerade, muss aber zugleich sehr problematische Entwicklungen hinsichtlich mancher Empfängerländer und des Exports von Kleinwaffen kritisieren. Der richtige Grundsatz „Neu für alt“ bei Kleinwaffen muss verbindlich werden, Rüstungslieferungen sollten zur Erleichterung der Transparenz und Kontrolle explizit begründet werden.

Interview Deutschlandfunk zu MEADS und **EU-Waffenembargo** gegen China

Interview taz zu **MEADS**

Gespräch mit dem Leiter der Politischen Abteilung der Japanischen Botschaft, Herrn Sakamoto, über das **EU-Waffenembargo gegen China**

In den letzten Monaten verstärkte sich bei den EU-Regierungschefs die Tendenz, im Juni zur Aufhebung des Embargos zu kommen. Mit der Verabschiedung des „Anti-Abspaltungsprozesses“ und der gegenüber Taiwan legalisierten Kriegsdrohung sind die Kriterien für eine Aufhebung des Embargos (vgl. Bundestagsbeschluss vom Oktober 2004) noch viel weniger erfüllt. Eine Aufhebung des Embargos wäre ein völlig falsches Signal und konträr zum deutlich erklärten strategischen Interesse der USA in Ostasien. Wer andernorts wieder die transatlantische Beziehungspflege hochhält, kann hier nicht einfach ohne Rücksicht auf die USA agieren.

5.3. Interview net-zeitung zum geplanten Export von **ABC-Spürpanzern in die Vereinigten Arabischen Emirate**: Richtigerweise pflegt die Bundesregierung zu den VAE eine „strategische Partnerschaft“. Die VAE sind eine Insel der Stabilität und des Wandels in einer Region höchster Instabilität. Es besteht nicht das Risiko, dass Spürpanzer zu Menschenrechtsverletzungen und zur Förderung von Spannungen missbraucht würden. Insofern ist ein solcher Rüstungsexport in die VAE verantwortbar und zulässig. Allerdings sollte die Bundesregierung parallel bei den VAE darauf drängen, ausstehende wichtige Rüstungskontrollabkommen (z.B. Ottawa-Abkommen, B-Waffen-Konvention) zu ratifizieren.

2004

16. Dezember Dreiseitiger **Brief an Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement** zur Rüstungsexportpolitik

15.12. Bundestagsrede bei der Aktuellen Stunde zum **EU-Waffenembargo** gegen China: Angesichts der jüngsten Kanzleräußerungen zum EU-Embargo bohrt die Opposition genüsslich in den Widersprüchen der Koalition. Ich bekräftige unseren Bundestagsbeschluss gegen die Aufhebung des Waffenembargos und bekomme Beifall aus allen Fraktionen. Im Spannungsfeld zwischen berechtigter Kritik an der Kanzlerposition, den Widersprüchen der Koalition einerseits sowie der Koalitionsloyalität andererseits bringt uns diese Debatte an die Grenze unserer politisch-moralischen Belastbarkeit. (www.nachtwei.de/index.php/articles/81)

3.12. Pressemitteilung zum gestrigen Bericht von WDR-Monitor über die Lieferung von militärisch-relevanten Panzer- und U-Boot-Motoren an China (www.nachtwei.de/index.php/articles/78)

1.12. Pressemitteilungen der stellv. Fraktionsvorsitzenden Gernot Erler/SPD und W. Nachtwei/Grüne zum **Rüstungsexportbericht 2003** der Bundesregierung: Klarstellung, dass enormer Anstieg in 2003 in erster Linie an Korvettenlieferungen an Malaysia und Südafrika liegt; Kritik vor allem an der nicht legitimierbaren Steigerung bei Kleinwaffenexporten und dem extensiveren Gebrauch der Anti-Terror-Rechtfertigung; Forderungen zusammen mit der SPD, „alt für neu“ bei Kleinwaffen jetzt verbindlich zu machen, sowie das Genehmigungsrecht für Rüstungsgüter allgemein dem für Kriegswaffen anzugleichen. (www.nachtwei.de/index.php/articles/73)

Anmerkungen zum Rüstungsexportbericht 2003 von Claudia Roth, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, und W. Nachtwei. Stv. Fraktionsvorsitzender (www.nachtwei.de/downloads/position/anmerk_ruestungsexport2003_20041210.pdf)

29. Oktober Aktuelle Information (grünintern) „Bundestagsbeschluss gegen die Aufhebung des EU-Waffenembargos – **2. China-Kracher entschärft**“

28.10. Bundestagsbeschluss gegen die Aufhebung des **EU-Waffenembargos** gegen China: Nach monatelangen schwierigen Verhandlungen mit der SPD (Kanzleramt) verabschieden wir heute endlich einen Koalitionsantrag, der hohe Hürden für eine eventuelle Aufhebung des Embargos formuliert und sich damit gegen eine Aufhebung zum jetzigen Zeitpunkt richtet. Nach der Rückholung von „Hanau“ haben wir nun den zweiten „China-Kracher“ – vorläufig – entschärft. Für uns ist das ein großer, aber stiller Erfolg. (www.nachtwei.de/downloads/btrade/waffenembargo_china_btdebatte_28102004.pdf) BBC-Interview zu **deutschen Rüstungsexporten**. WamS-Gespräch zu **Streubomben**

20.10. Pressemitteilung zu den in ZDF-frontal-21 erhobenen Vorwürfen zum Einsatz ehemaliger NVA-Schützenpanzer in der Türkei (www.nachtwei.de/index.php/articles/37)

18.10. Interview mit **ZDF-Frontal-21** zu einem möglichen **Leopard-II-Panzer-Export** in die Türkei: Man konfrontiert mich mit aktuellen Filmaufnahmen, die ehemalige NVA-Schützenpanzer aus Deutschland in der kurdischen Provinz Sirnak zeigen. Der genauere Einsatzkontext „kann“ mir nicht genannt werden. Die Bilder bestärken meine Position, dass im Fall des Falles sehr sorgfältig geprüft

werden müsste. Die Sendung tags darauf behauptet, die NVA-Schützenpanzer seien „gegen kurdische Bevölkerung“ eingesetzt worden. Meine und Joschka Fischer's Stellungnahme werden zu „vorsichtiger Zustimmung“ zu Panzer-Exporten verdreht. Es wird so getan, als sei in der Türkei noch alles beim schlimmen Alten und als würden sich die Grünen „wieder mal“ von früher hoch gehaltenen Prinzipien entfernen. (Vgl. www.nw) Das Gegenteil ist wahr : Wir halten unverändert an den Rüstungsexportrichtlinien fest, während sich die Verhältnisse in der Türkei erheblich verändert haben.

13.10. ZDF-Morgenmagazin, WDR-5 u.a. zu **Panzer-Lieferungen an die Türkei** und Äußerungen von Minister Struck, dass ein deutscher Irak-Einsatz nicht auszuschließen sei. Meine Botschaft: „Wir wollen und dürfen uns nicht in dieses Desaster hineinziehen lassen. Was sicherheitspolitisch in fünf Jahren ist, kann seriös niemand sagen.“

12.10. Angestoßen von einem Artikel in Financial Times Deutschland Interviews zu **Panzerlieferungen in die Türkei** mit WDR-2, Hessischem Rundfunk, MDR, ntv, taz, MZ, Berliner Zeitung, netzeitung. Meine Botschaft: Eine entsprechende Anfrage liegt nicht vor. Auch wenn der EU-Fortschrittsbericht erfreuliche rechtsstaatliche Fortschritte konstatiert, gebe es keinen Genehmigungsautomatismus. Im Fall einer Anfrage wäre konkret zu überprüfen, ob diese Fortschritte besonders im Hinblick auf die Menschenrechte und Kurdenfrage ausreichend und unumkehrbar sind. Dabei würden die Bewertungen von Menschenrechtsorganisationen eine wesentliche Rolle spielen. (Das Interesse an einem Leopard-Export in die Türkei scheint offensichtlich eher beim deutschen Verteidigungsministerium zu liegen. Auf Seiten der türkischen Regierung gibt es mehr ablehnende Stimmen. Vgl. www.nw))

6.10. Interviews mit SZ, MZ, FR, Welt und Pressemitteilung zu möglichen **Dingo-Exporten** nach Israel: Wegen des Verwendungszwecks Palästinensergebiete eindeutig abzulehnen! (www.nachtwei.de/index.php/articles/28)

5.10. Brief an die Partei zu „**Fuchs-Transportpanzern** in den Irak“ zusammen mit Claudia Roth und Reinhard Bütikofer

2/3.10. **Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel**: Verteilung von 500 „Aktuelles zur Friedens- und Sicherheitspolitik“ zu Fuchs-Transportern in den Irak, Parlamentsbeteiligungsgesetz, Wehrpflicht, Feyzabad, Aktionsplan Krisenprävention
Antrag gegen die Lieferung von **Fuchs-Transportpanzern** in den Irak mit knapper Mehrheit als letzter Tagesordnungspunkt angenommen.

10. Juni Pressemitteilung zur Veröffentlichung des jüngsten **SIPRI-Berichts** zum weltweiten Rüstungsexport „Keine Rüstungsexporte in Krisenregionen“ (www.nachtwei.de/index.php/articles/2)

3.6. Presseerklärung zum 15. Jahrestag der Ereignisse vom Tiananmen-Platzes in Peking von Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende, und W. Nachtwei, stv. Fraktionsvorsitzender: „Grüne weiter gegen Aufhebung des **Waffenembargos gegenüber China**“ (www.nachtwei.de/index.php/articles/8)

5. Mai **Unterausschuss Abrüstung**: Ausführliche Beratung zum EU-Waffenembargo. Ausführlich Stellung nimmt der Leiter der Politischen Abteilung 3 des AA (u.a. Asien), Volker Stanzel. In der Aussprache votiert der abrüstungspolitische Sprecher der Union, Ruprecht Polenz, strikt gegen die Aufhebung des Embargos. Damit unterstützt und verstärkt er unsere Argumentation.

27. April Das chinesische Außenministerium gibt bekannt: In Sachen Hanau gibt es keine Verhandlungen mehr. (vgl. meine drei Zwischenberichte) Damit ist der Export der **MOX-Anlage** gestorben.
Offiziell ist die Prüfung in der Bundesregierung wohl noch nicht abgeschlossen. De facto ist der Export erledigt. Wider viele anfängliche Prognosen konnte das Ansinnen ausgebremsst werden. Die Verzichtserklärung ist klug und eine Bestätigung grüner Beharrlichkeit. WELT am 28.4.: „Hanau bleibt und Schröder vorerst auch“

24. März Das für heute geplante Gespräch der energie-, umwelt- und sicherheitspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen mit **Justizministerin Zypris** wird kurzfristig abgesagt. Wir Grüne hatten es noch am 22. März im Gespräch mit einem Greenpeace-Anwalt vorbereitet. Die Gesprächsabsage bekräftigt die seit Samstag umlaufenden Meldungen, dass der Export der Hanauer Anlage gestorben sei.

22.3. Pressekonferenz der IPPNW zur Aktion **Hanauselberkaufen** mit Hermann Scheer und W. Nachtwei als MdB-Erstunterzeichner. Nach knapp einem Monat hat die Initiative bisher 6626 UnterstützerInnen gefunden mit einer Kaufbeteiligung von über 847.000 €.

12.3. FAZ „Geht Hanau, geht Rot-Grün“

12. Februar Expertengesprächs zu technischen und sicherheitspolitischen Aspekten des **Exports der Hanauer MOX-Anlage** mit Dr. Michael Sailer, Koordinator Nukleartechnik und Anlagensicherheit beim Öko-Institut und Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission, und Dr. Wolfgang Liebert, Wissenschaftlicher Koordinator der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) an der TU Darmstadt, mit Fachpolitiker der Grünen-Fraktion und der SPD: Angesichts des Ausbaustandes und der Perspektiven der Atomenergie in China wäre die MOX-Anlage völlig überdimensioniert. Angesichts des technologischen Rückstandes und des hohen Modernisierungsbedarfs der chinesischen Atomwaffen scheinen die MOX-Anlage bzw. ihre Module am ehesten „Sinn“ zu machen in einem militärischen Kontext. Mit bisherigen IAEO-Kontrollen ließe sich solches in keiner Weise ausschließen, zumal der Nuklearkomplex in China besonders intransparent ist und von einem großen Staatsunternehmen betrieben wird. Angesichts der jüngsten Enthüllungen über einen globalen Schwarzmarkt in Nukleartechnik und den Forderungen nach einer Verschärfung von IAEO-Kontrollen und Nichtverbreitungsregime generell, passt der Export der vielseitig verwendbaren MOX-Anlage auch nicht in die sicherheitspolitische Großwetterlage. Das mit Brief vom 19. Dezember geforderte Gespräch mit den zuständigen Ministerien soll im März statt finden. Vorher kann es keine Entscheidung der Bundesregierung geben. (vgl. mein Sachstandsbericht Nr. 2 vom 13. Februar)

2003

19. Dezember

Brief von acht rot-grünen MdB an das AA und die Ministerien für Wirtschaft, Umwelt und Justiz mit der Bitte um ein Gespräch über das Greenpeace-Gutachten in Sachen Hanau. Unterzeichner die stv. Fraktionsvorsitzenden Reinhard Loske und W. Nachtwei, energiepolitische Sprecherin Michaela Hustedt sowie von der SPD die stv. Fraktionsvorsitzenden G. Erler und M. Müller, atompolitischer Sprecher Horst Kubatschka, umweltpolitische Sprecherin Ulrike Mehl, Uta Zapf, Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung.

17.12. Pressemitteilung zum Rüstungsexportbericht 2002 „Mehr Licht als Schatten“: *„(...) Sowohl die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen als auch das Genehmigungsvolumen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Die Kriegswaffenausfuhren sind auf einen historischen Tiefstand. Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der NATO und EU, insbesondere in Entwicklungsländer, spielen quantitativ keine signifikante Rolle. (...) Allerdings macht er Rüstungsexportbericht auch deutlich, dass einige Rüstungsexporte oder Genehmigungen vor dem Hintergrund der Politischen Richtlinien (...) nur schwer nachvollziehbar sind. Das gilt vor allem für Lieferungen in Spannungsgebiete wie Indien oder den Nahen Osten. Insbesondere die beabsichtigte Lieferung von 140.000 Gewehren u.a. Waffenteilen an Saudi-Arabien kann nicht widerspruchlos hingenommen werden. (...)“*

10.12. Fragestunde zu **EU-Waffenembargo und Aktuelle Stunde zum Export der Hanauer Brennelementefabrik**: Totalangriff der Opposition gegen „Verlogenheit, Unglaubwürdigkeit der Grünen“. Einziger guter Sachbeitrag von Ruprecht Polenz (CDU). Wir in schwieriger Defensive.

9.12. a.o. Fraktionsvorstand nach Abbruch des Koalitionsfrühstücks und Fraktionssitzung: Im Mittelpunkt **Chinareise des Kanzlers**

4.12. BILD „Kanzler löst Krach bei Rot-Grün aus!“ zur Kanzler-Ankündigung der Ausfuhr der Hanauer **MOX-Brennelemente-Fabrik** nach China

3.12. Pressemitteilung „Aufhebung des **Waffenembargos** gegenüber China wäre falsches Signal“

8. November Berliner Zeitung „Nur ohne atomare Ausrüstung – Grüne stellen Bedingungen für **U-Boot-Lieferung an Israel**“

2.11. Überraschende Ankündigung von Bundeskanzler Schröder während seines Besuchs in Peking, sich für die Aufhebung des **EU-Waffenembargos gegenüber China** einzusetzen: Artikel u.a. in der WELT: „Grüne lehnen Embargo-Ende ab“ mit Zitaten der Parteivorsitzenden Angelika Beer, der Menschenrechtsbeauftragten Claudia Roth und des stv. Fraktionsvorsitzenden W. Nachtwei

10. April Rede in der Bundestagsdebatte zum Rüstungsexportbericht 2001: „(...) Als Parlamentarier nehmen wir zur Kenntnis, dass sich das Export- und Genehmigungsvolumen im Berichtszeitraum in der bisherigen Bandbreite bewegt. Bei der tatsächlichen Ausfuhr von Kriegswaffen haben wir einen erfreulichen Tiefstand erreicht. (...) 93% der tatsächlichen Ausfuhr von Kriegswaffen gehen in NATO- und EU-Staaten. (...) In Teilbereichen – in etlichen Empfängerländern und vor allem im Bereich der Kleinwaffen – tun sich aber nichtsdestoweniger Probleme auf: Zum Beispiel wurden in der Kohl-Ära Lizenzen für Kleinwaffenproduktionen, die nicht mehr rückholbar sind, grob fahrlässig nach Saudi-Arabien vergeben. (...) Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass es aktuell Lieferungen von Kleinwaffen und kleinen Kriegswaffen an dieses saudi-arabische System gibt. (...)“

2002

4. Dezember

FAZ-Interview zu Fuchs-Transportpanzern für Israel: „Nachtwei erwartet „Nein“ Fischers zu Panzer-Lieferung. 2.12. W. Nachtwei in BILD: „Die Transportpanzer sind nicht nur defensiv einsetzbar, sondern vor allem für Einsätze in Palästina-gebieten. Die Lieferung ist deshalb nicht genehmigungsfähig.“ Unions-Fraktionschefin Angela Merkel forderte dagegen die Bundesregierung auf, die Panzer zu liefern.

Anfang Oktober bin ich als „Verteidiger“ auf allen Ebenen der **rot-grüne Koalitionsverhandlungen** dabei. Nach der ersten Verhandlungsrunde der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Europapolitiker bilaterales Klärungsgespräch mit dem Leiter Planungsstab BMVg. Meine Textvorschläge zu Rüstungsexporten (gemeinsamer Genehmigungstatbestand, Transparenzgrremium, überschüssige Waffen) werden voll übernommen. In der 2. Verhandlungsrunde erhebliche Streichungsforderungen ggü. den bisherigen Formulierungen zu Rüstungsexporten. Beim Vorbereitungstreffen des grünen Spitzenteams bei Joschka großer Unwille bez. Verstärkung bei Rüstungsexporten. Nicht aus sachlichen Gründen, sondern wegen Schröders Verhalten, der sich um Regeln nicht schere, womit Konflikte und Niederlagen vorprogrammiert seien. In der 4. (Spitzen)Runde bringt Joschka schließlich aus AA-Sicht eine weichere Formulierung.